

BI Lärmschutz Laaerberg
p.A. Sindelargasse 37 1100 Wien

Frau Umweltstadträtin Mag. Ulli Sima
Rathaus

Wien 14.2.2008
per e-Mail

Cc: Hr. Bgmst. Dr. Michael Häupl

Betr.: Fluglärm in Wien; offener Brief Nr. 3¹

Sehr geehrte Frau Umweltstadträtin,

Auf unseren „offenen Brief Nr. 2“ antwortete ihr Mitarbeiter Hr. DI. Schmalzer mit folgendem Mail:

„Herzlichen Dank für die Übermittlung Ihres "Offenen Briefes" an Frau Stadträtin Mag. Ulli Sima, in dem Sie sich auf Fluglärm beziehen. Wir haben Ihre Mail an Herrn Gemeinderat und Landtagsabgeordneten Erich Valentin, Vertreter des Landes Wien im Dialogforum, weitergeleitet, der Ihnen gerne eine Beantwortung zukommen lassen wird.

mfg

G. Schmalzer“

Für unser Anliegen sehen wir aber *nicht* Hr. Labg. Valentin als Vertreter der Stadt Wien in einem privaten Verein zuständig! Aufgrund der Geschäftsverteilung des Magistrats Wien, aber auch der von der MA22 herausgegebenen Lärmfibel nahmen wir selbstverständlich an, dass Sie, Frau Umweltstadträtin, auch für den Schutz vor Fluglärmimmissionen die vollziehende Behörde sind. Schließlich schreibt die Umweltschutzabteilung, Bereich Lärmschutz:

„**Aufgabenbereiche** Aus den strategischen Zielen und gesetzlichen Auflagen der MA 22, insbesondere der Erhaltung zur Verbesserung der Lebensqualität der Wiener Bevölkerung und der Forcierung des vorsorgenden, integrativen und partnerschaftlichen Umweltschutzes ergeben sich eine Fülle von Aufgaben für das Team des Bereichs Lärmschutz.“

¹ Die beiden vorgängigen Schreiben sind auf der Website www.fluglaerm10.at nachzulesen

Leider finden sich aber dann außer einem Hinweis auf den Sachverständigendienst keine weiteren Ausführungen zu Aktivitäten der MA22 bzgl. Fluglärm über Wien. Auch die Lärmfibel der MA22 thematisiert den Fluglärm über Wien in keinem Punkt! Für das Thema Umwelt und Luftfahrt wird auf deren letzter Seite nur eine *externe Serviceeinrichtung* gelistet, nämlich eine Abteilung der *Flughafen Wien AG!!*

Wieweit von dort objektive Darstellungen der Fluglärmsituation über Wien zu erwarten sind, sei dahingestellt. In Frankfurt hat sich jedenfalls die Stadt entschlossen, ein eigenes Messnetz mit Hilfe der Auswertung durch die DFLD² einzurichten. In Wien müssen die Betroffenen selbst aktiv werden, und ein Messnetz errichten, um die Angaben der FWAG zu den Lärm-messungen auf ihre Stichhaltigkeit überprüfen zu können – ein umweltpolitisches Armuts-zeugnis. Aber Hauptsache, Labg. Valentin und andere Politiker werden nicht müde, zu betonen, was Wien nicht alles für den Schutz seiner Bevölkerung gegen den Flugbetrieb getan hätte, und wie sich alles verbessert hätte. Um das *objektiv nachweisen* zu können, ist auch der Stadt Wien anzuraten im Rahmen des Geschäftsbereichs der MA22 entsprechende unabhängige Messdaten zu erfassen. Das ist wohl das wenigste, was sich ihre Bürger- und Wähler-schaft erwarten kann!

² <http://www.dfld.de/DFLD/index.htm>

Dazu die FAZ:

Frankfurt

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.12.2007, Nr. 292, S. 52

Stadt misst Fluglärm in fünf Stadtteilen

Die Stadt hat fünf weitere Stationen zur Messung des Fluglärms in Betrieb genommen. Dies teilte Umweltdezernentin Manuela Rottmann (Die Grünen) mit. Die Stationen befinden sich in Bergen-Enkheim, Goldstein, Niederrad, Oberrad und Sachsenhausen. Schon im Januar war eine erste Messstation in Oberrad eingerichtet worden.

Rottmann sagte, sie wolle die dauerhaft gespeicherten Daten als Druckmittel einsetzen, falls die Vorgaben für den Flugbetrieb nicht eingehalten werden sollten. Da sich die Messstationen in Wohngebieten befänden, seien die Daten jedoch nicht gerichtstauglich. Dies wären sie nur, wenn sie nach DIN-Regeln außerhalb von Wohnvierteln errichtet worden wären. Man habe sich jedoch für Standorte in dichtbebautem Gebiet entschieden, um das Lärmempfinden der Anwohner abzubilden. Normalerweise werde Fluglärm im Gegensatz zu Straßenlärm ohne Reflexionen gemessen. Häuserwände, an denen der Schall reflektiert werde, erhöhten die Lautstärke jedoch, sagte Rottmann.

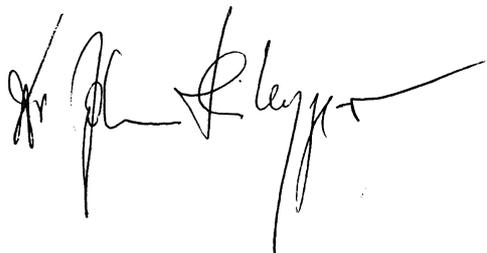
Die Stadtverordnetenversammlung hatte bereits im Januar die Errichtung der Messstationen und die Veröffentlichung der Daten beschlossen. Horst Weise, Informatiker und Mitentwickler des Messsystems, sagte, die gemessenen Werte würden per Mobilfunk an den Deutschen Fluglärmdienst übertragen und seien wenige Sekunden später auf dessen Internetseiten abrufbar. Die Zuverlässigkeit der Messgeräte sei dadurch überprüft worden, dass man die Ergebnisse von einer Referenzanlage in Oberrad mit denen des dortigen Fraport-Sensors verglichen habe. Die Resultate seien nahezu identisch gewesen. tans.

Wie auch immer - realistischer ist wohl, anzunehmen, dass Wien als wesentliche Miteigentümerin des Flughafens diesen weiterhin protegiert, statt für den Schutz der Bevölkerung *ernsthaft und ehrlich* einzutreten. Und dass Niederösterreich als ebenfalls wesentlicher Miteigentümer sich ebenso verhält.

Der gesamte Ausbau der letzten 10 Jahre, der bis dato einer UVP entzogen wurde, missachtete die Parteistellung der betroffenen NachbarInnen. Obwohl das Vertragsverletzungsverfahren der EU eindeutig ergibt, dass EU-Recht (und damit auch österreichisches Recht) gebrochen wurde, so wird selbst jetzt noch versucht, die nachträgliche UVP zu einer bloßen öffentlichen Auflage zu degradieren³. Damit würde die bisherige Verletzung des Artikels 6 der Menschenrechtskonvention, nämlich des Rechts auf ein faires Verfahren, auch weiterhin fortgesetzt, weil ohne Parteistellung kein Instanzenweg zu einem unabhängigen Gericht möglich ist. Glücklicherweise ist nun die EU Verfechterin jener Menschenrechte, die in der Republik missachtet wurden.

Nach Ihrer bisher fehlenden persönlichen Reaktion auf unsere offenen Briefe und dem e-Mail ihres eingangs zitierten Mitarbeiters vermute ich, dass Sie, Frau Umweltstadträtin, mit dem Verlangen nach dem Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm durch ihr Ressort nichts zu tun haben wollen. Daher zum Schluss die einfache Frage, ob Sie nach wie vor nicht bereit sind, sich unsere Anliegen persönlich anzuhören und uns zu unterstützen? Wenn die Vermutung nicht zutrifft, dann ersuchen wir um einen Terminvorschlag für eine *Audienz* im Rathaus.

Mit freundlichen Grüßen



namens der Bürgerinitiative Lärmschutz Laaerberg

³ APA-Mitteilung Staatssekretärin Kranzl vom 25.1.2008